

Im Vergleich zu Deutschland wurde „Zwangsarbeit im Nationalsozialismus“ in Österreich für Jahrzehnte wenig bis gar nicht thematisiert. Als im Jahr 1999 Deutschland begann, Entschädigungszahlungen für ehemalige Zwangsarbeiter in Deutschland zu regeln, wurde das Thema auch für die österreichische Regierung relevant. Eine österreichische Historikerkommission wurde beauftragt, sich ausführlich dem Thema zu widmen und dieses aufzuarbeiten. Im Zuge dessen wurden auch einzelne Landesregierungen verstärkt aufmerksam gemacht.

Um den ehemaligen NS-Zwangsarbeitern eine gewisse materielle Entschädigung zukommen zu lassen, wurde von der Republik Österreich der „Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit“ eingerichtet. So sollte sichergestellt werden, dass die Geschädigten der NS-Zeit eine einmalige Entschädigung erhalten. Für eine solche Zahlung mussten die ehemaligen NS-Zwangsarbeiter einen schriftlichen Antrag stellen. Kriegsgefangene waren von dieser Regelung allerdings ausgenommen. Mit der zunehmenden Anzahl an Anfragen ab dem Jahr 2000 wurde dieses Thema auch in Salzburg stärker ins Bewusstsein gerufen.ⁱ

Zu gerne hat man verdrängt, dass es in Salzburg zwischen 1938 und 1945 auch Zwangsarbeit gegeben hat, ohne deren Einsatz die Wirtschaft im „Reichsgau“ sicherlich zusammengebrochen wäre. Zu bedenken gilt, dass sich der Begriff Zwangsarbeit erst in den letzten zehn Jahren im Kontext mit der politischen Entschädigungsdebatte etabliert hat. Mit diesem Begriff ist jede Art von Zwangsarbeit gemeint und auch Zwangsarbeiter aller Nationalitäten wie Juden, Polen, Ukrainer, Russen, Franzosen und anderer Herkunft sowie die so genannten „ausländische Zivilarbeiter“, wie sie während der NS-Zeit bezeichnet wurden. Zusätzlich kamen noch zahlreiche Kriegsgefangene zum Einsatz. Rund ein Viertel aller Arbeiter zwischen 1938 und 1945 im Reichsgau Salzburg waren Zwangsarbeiter. Den absoluten Höhepunkt erreichte die Zahl im Februar 1945, wo im Reichsgau 24.574 Ausländer im Arbeitseinsatz waren. Dabei stellten die „Ostarbeiter“ und die Polen die größten Gruppe der „zivilen Ausländer“.

Nicht nur in der Stadt Salzburg – damals „Gauhauptstadt“ – kamen Zwangsarbeiter zum Einsatz, sondern im gesamten Land. In fast jeder Gemeinde waren „zivile Ausländer“ⁱⁱ und / oder Kriegsgefangene zur Arbeit gezwungen.

Reichsgau Salzburg

Zusammenstellung
übervorhandene Ausländer nach dem Stande vom 15.2.1945

Heimatstaat	Fremdstämmige	Volksdeutsche	zus.
Albanien	5		5
Belgien	341	6	347
Bulgarien	148	5	153
Chile		2	2
China	1		1
Dänemark	15	1	16
England	2	15	17
Estland	92	4	96
Finnland	2	1	3
Frankreich	3033	4	3037
Griechenland	74	2	76
Irland	1		1
Italien	3338	68	3406
ehem. Jugoslawien	1338	250	1588
Kroatien	749	92	841
Lettland und Litauen	552	6	558
Liechtenstein		5	5
Niederlande	208	22	230
Norwegen u. Schweden	25	2	27
Portugal	1		1
Rumänien	141	50	191
Slowakei	438	84	522
Spanien	16		16
Südamerika	-	-	-
Schweiz	65	90	155
Staatenlos	111 258	32 183	441
Japan	6		6
Türkei, Iran	2		2
U.S.A.	8	7	15
Ungarn	281	1451	1732
Summe I	11140	2350	13490
Polen und Ukrainer	6844		6844
Ostarbeiter, sonst.	6590		6590
Summe II	13434		13434
zusammen :	24574	2350	26924

Abb. 1.: Ausländer im „Reichsgau Salzburg“ mit Stand vom 15. Februar 1945

Im „*Reichsgau Salzburg*“ gab es im Gegensatz zu anderen Teilen des Deutschen Reiches keine großen Industrieanlagen. Daher stellt sich die Frage, wo und in welchen Bereichen die meisten im Einsatz waren. Nicht, wie viele meinen würden in der Reichsgauhauptstadt Salzburg, sondern im Landkreis Zell am See. Dieser Landkreis, der vom Gebiet her dem heutigen Pinzgau entspricht, gab es unterschiedliche Wirtschaftszweige, wo Zwangsarbeiter zum Einsatz kamen. Firmen, Gemeinden, Bauern, Gastwirte u.a. nutzten die Möglichkeit, Zwangsarbeiter in ihren Betrieben einzusetzen.

Im Pinzgau gab es im Wesentlichen drei Bereiche, wo „*zivile Ausländer*“ und / oder Kriegsgefangene eingesetzt wurden: Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe sowie im Straßen- und Eisenbahnbau.

1. Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft

Schon vor dem „*Anschluss*“ Österreichs an das Deutsche Reich war die Situation der landwirtschaftlichen Betriebe schwierig. Besonders Saalfelden litt ab Mitte der 1930er Jahre unter der 1.000-Mark-Sperre des Dritten Reiches. Die Saalfeldener Bauern betrieben regen Viehexport in das benachbarte Bayern, der durch diese Sperre massiv beeinträchtigt wurde. Knechte und Mägde mussten vom Dienst freigestellt werden. Ohne Arbeit und Unterkunft blieb vielen nichts anderes übrig, als sich das Nötigste zusammen zu betteln.ⁱⁱ Viele Bauern sahen daher den „*Anschluss*“ als eine Erleichterung an und wurden begeisterte Nationalsozialisten oder zumindest Sympathisanten.

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verschlechterte sich die Situation noch dadurch, dass auch von den landwirtschaftlichen Betrieben wehrpflichtige Männer eingezogen wurden. In vielen Fällen waren nun Frauen für die Aufrechterhaltung des bäuerlichen Betriebes zuständig. Die Arbeitsbedingungen wurden untragbar und die ständig weniger werdenden Arbeitskräfte führten zu einem massiven Produktionsrückgang. Um diesem Problem entgegenzusteuern, wurde auch im Pinzgau auf den Einsatz von Zwangsarbeitern zurückgegriffen. Ohne deren Einsatz hätte die Versorgung der Bevölkerung auf Dauer sicher nicht aufrecht erhalten werden können. Große Teile des Pinzgaus, die schon vor dem NS-Regime von landwirtschaftlichen Mittel- und Großbetrieben geprägt wurden, waren von der Arbeit Kriegsgefangener und ziviler Zwangsarbeiter regelrecht abhängig.

Entgegen aller ideologischer Bedenken entschied sich die NS-Führung, das System der Fremdarbeit im deutschen Reich massiv voranzutreiben. Ein umfassender Arbeitseinsatz zwangsrekrutierter „*ausländischer Zivilarbeiter*“ war die Folge, aber auch der Einsatz der ersten Kriegsgefangenen. In der „*Polengesetzgebung*“ wurde die Verfügbarkeit der polnischen Arbeitskräfte gesichert und besondere Diskriminierungen der Polen hinsichtlich der „*NS-Rassen- und Herrenmenschenideologie*“ festgeschrieben. Damit wurden die ideologischen Bedenken weitgehend aus dem Weg geräumt.ⁱⁱⁱ Im „*Reichsgau Salzburg*“ befanden sich Ende 1939 schon vereinzelt ausländische Landarbeiter. Laut Gendarmeriechronik Salzburg kamen die ersten offiziellen polnischen „*Zivilarbeiter*“ am 14. April 1940 an und wurden im ganzen Land „*verteilt*“.^{iv}

Die „*Zivilarbeiter*“ polnischer Herkunft kamen mit Transportzügen nach Salzburg. Beim Verlassen des Zuges wurden die Polen von den Arbeitsämtern erfasst. Jeder Arbeiter bekam einen so genannten „*Grün- bzw. Grauzettel*“ und wurde angewiesen, sich bei den örtlichen Polizeibehörden zu melden.^v Nach der Weiterfahrt zu den jeweiligen Einsatzorten wiesen die „*Ortsbauernführer*“ die Fremdarbeiter den verschiedenen landwirtschaftlichen Betrieben zu.^{vi} Diese Zuweisung erinnerte an einen Sklavenmarkt. Die Arbeiter mussten sich in einer Reihe aufstellen und wurden von den Bauern von oben bis unten gemustert und beurteilt, ob sie für den landwirtschaftlichen Einsatz am Hof in Frage kämen. Entsprach ein Arbeiter den Ansprüchen des Bauern, wurde er ausgewählt und ihm befohlen mitzukommen.^{vii}

Das Prinzip der Diskriminierung wurde im Bereich der Sozial- und Arbeitsordnung konsequent eingehalten. In der „*Reichstarifordnung für polnische landwirtschaftliche Arbeiter*“ vom 8. Jänner 1940 wurde der Arbeitslohn auf bis zu 50 bis 80 Prozent der Einkünfte deutscher landwirtschaftlicher Arbeiter herabgesetzt, was auch bei Saalfeldenern Bauern der Fall war.^{viii} Die zivilen Ausländer mussten im Gegensatz zu den Kriegsgefangenen wie die deutschen Arbeitskräfte zur Kranken- und Unfallversicherung angemeldet werden.

Ende November 1940 schien es, als sei der Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft und den sonstigen Betrieben durch den Einsatz von Kriegsgefangenen und polnisch-ukrainischen Arbeitern vorerst einigermaßen behoben. Diese Einschätzung hielt nicht lange, denn schon im Dezember des selben Jahres hieß es, dass auf dem Gebiete der Landwirtschaft nach wie vor Arbeitermangel

herrsche, der auch durch die Gefangenen und polnischen „Zivilarbeiter“ nicht ausgeglichen werden könne.^{ix}

Im Durchschnitt kamen im Pinzgau, wie die folgende Tabelle zeigt, mehr Männer als Frauen in der Landwirtschaft zum Einsatz.

Gemeinde	Anzahl	Männer	Frauen
Unken	15	10	5
Alm	26	15	11
Bramberg	3	3	0
Bruck	11	4	7
Dienten	10	6	4
Fusch	3	2	1
Krimml	4	2	2
Lend	10	6	4
Leogang	26	16	10
Lofer	2	1	1
Maishofen	39	30	9
Mittersill	37	20	17
Neukirchen	10	7	3
Niedernsill	11	8	3
Piesendorf	28	17	11
Rauris	13	9	4
Saalfelden	62	34	28
Stuhlfelden	29	22	7
Taxenbach	39	23	16
Uttendorf	15	8	7
Zell am See	6	4	2
Summe	399	247	152

Abb. 2: Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft, März 1941^x

In Saalfelden befanden sich demnach 62 „zivile Ausländer“ in landwirtschaftlichen Betrieben. Wie viele Kriegsgefangene noch zusätzlich im Einsatz waren, geht hier nicht hervor. Im Laufe der nächsten Jahre stieg diese Zahl um ein Vielfaches.

Spätestens ab Februar 1942 waren in den meisten Orten des Reichsgaus auch „Ostarbeiter“ im Einsatz. Sie wurden durch die „Ortsbauernführer“ und Bürgermeister auf landwirtschaftlichen und sonstigen Betrieben verteilt.^{xi} In der Gemeinde Saalfelden stieg die Zahl der Fremdarbeiter im Juli 1942 auf 322 an, darunter waren 150 Franzosen, 82 Polen, 64 Russen, 17 Ukrainer und

Fremdarbeiter neun anderer Nationalitäten. In einem Protokoll wurde über die Unterkunft und Arbeitsleitung geschrieben: „Die Zivilarbeiter sind einzeln bei den Bauern in absperrbaren Kammern untergebracht. Die Arbeitsleistung ist allgemein zufriedenstellend.“^{xii}

Am 18. August 1942 wurde in der Gendarmeriechronik der Gauhauptstadt Salzburg von der Ankunft vieler „Zivilarbeiter“ aus dem Osten berichtet. Allerdings handelte es sich nicht um Polen, sondern um Menschen aus der Ukraine oder Russland. Ihnen wurden die Arbeitsplätze zugewiesen, die sie wie auch die polnischen „Zivilarbeiter“ nicht verlassen und natürlich auch keinerlei engeren Kontakt mit der deutschen Bevölkerung pflegen durften. Sie wurden von der Gendarmerie mit dem Kennzeichen „Ost“, die Polen mit einem „P“, das an der Kleidung am Oberarm gut sichtbar zu tragen war, versehen..^{xiii}

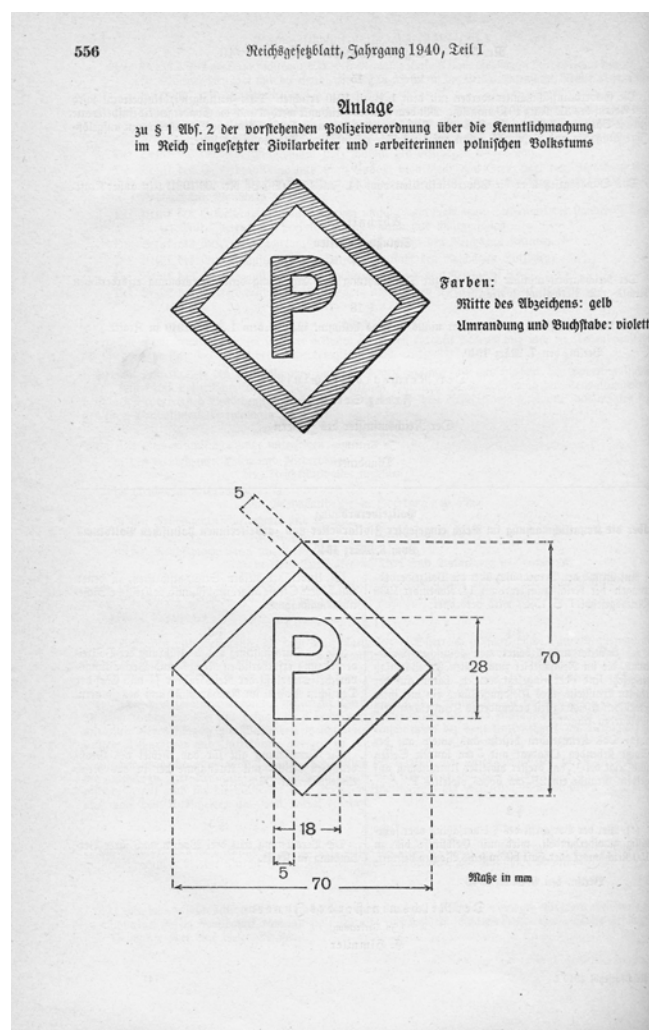


Abb. 3: Kennzeichnung der polnischen Zwangsarbeiter

Im Gegensatz zu den polnischen Zwangsarbeitern war es den „*Ostarbeitern*“ gar nicht gestattet, den Hof außerhalb der Dienstzeit zu verlassen. Für sie galt absolutes Ausgehverbot.^{xiv} Mit den „*Ostarbeitern*“ und den Kriegsgefangenen wuchs die Zahl der landwirtschaftlichen Zwangsarbeiter. Die Bevölkerung – auch in Saalfelden – bekam Anweisungen, wie sie sich den „*ausländischen Zivilarbeitern*“ gegenüber zu verhalten habe. Derartige Merkblätter gab es nicht nur für Polen, wie im Folgenden abgebildet sondern auch für Russen und andere Nationalitäten.

Für die landwirtschaftlichen Zwangsarbeiter waren die Bauern angehalten für Unterkunft und Verpflegung zu sorgen. Obwohl die Bevölkerung Anweisungen erhielt, wie man mit den Polen und „*Ostarbeitern*“ umzugehen hatte, war die Behandlung der einzelnen Arbeiter stark abhängig vom Grad der nationalsozialistischen Überzeugung der Bauern. Das Verhältnis der Bauersleute zu den jeweiligen Fremdarbeitern hing nicht nur von deren Einstellungen ab, sondern war an viele Faktoren geknüpft. Größe und Lage des Betriebes spielten ebenso eine Rolle, wie die Dauer der Anwesenheit der Arbeiter.^{xv}

Grundsätzlich war den „*Ostarbeitern*“, auch den Polen, jeglicher Kontakt untereinander – auch sexueller Natur – gestattet, soweit dies nicht den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, wie beispielsweise dem Verbot homosexueller Beziehungen widersprach. Kontakt zwischen Deutschen und „*Fremdvölkischen*“ war jedoch strengstens verboten. Auf dieses Delikt standen hohe Strafen, häufig wurden sogar Todesurteile verhängt. Die folgenden beiden Beispiele aus Saalfelden dokumentieren diesen Umstand. In der Saalfeldener Gendarmeriechronik hieß es am 8. Jänner 1942:

„Der polnische Zivilarbeiter Aleksy Jagla des Grünwaldbauers Joh. Innerhofer hat im Laufe des Jahres 1941 mit der auf demselben Gehöft bediensteten deutschen Magd Johanna Blaickner geschlechtliche Beziehungen unterhalten. Der Pole wurde wegen dieser Verfehlung zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde am 8. Jänner um 14 Uhr in der Ortschaft Hohlwegen der Gemeinde Saalfelden ungefähr 100 Meter abseits der Reichsstraße im Walde durch Erhängen mit dem Strang vollstreckt. Der Justifizierung haben die Gauleitung, Kreisleitung, Herr Landrat, Geh. Staatspolizei Salzburg, Abteilung 18, beigewohnt. Der Amtsarzt aus Zell am See wurde als Justizarzt beigezogen. Alle

polnischen Zivilarbeiter wurden dem Gehängten als abschreckendes Beispiel vorgeführt. Die Bevölkerung nahm die Justifizierung des Polens auf.“

Der zweite bekannte Fall wurde am 20. September 1942 ebenfalls in der Gendarmeriechronik festgehalten:

„Der polnische Zivilarbeiter Valentin Bilch, bei Michael Salzmann Oberlaimgrubbauer in Letting Nr. 12, Gemeinde Saalfelden beschäftigt und wohnhaft gewesen, hat im Laufe des Jahres 1942 bis April 1943 mit der auf demselben Hofe bedienstete Elisa Fuchs, dies ist eine a. e. (Anmerkung: heißt vermutlich außer eheliche) Tochter des Salzmann, geschlechtliche Beziehungen unterhalten. Der Pole wurde wegen dieser Verfehlung zum Tode verurteilt.

Das Urteil wurde am 20. September um 17 h in der Ortschaft Bsusch, Gemeinde Saalfelden in einem kleinen Wäldchen durch Erhängen vollstreckt. Die Justifizierung wurde von Beamten der Geheimen Staatspolizei Salzburg durchgeführt. Beigewohnt hatten Angehörigen der Partei, der Medizinalrat Dr. Spitzl aus Saalfelden wurde als Justizarzt beigezogen. Alle polnischen Zivilarbeiter wurden dem Gehängten als abgeschreckendes Beispiel vorgeführt.“^{xvi}

Trotz aller Bestrafungen und Verordnungen kam es immer wieder vor, dass sexuelle „Beziehungen“ zwischen Einheimischen und „fremdvölkischen Arbeitern“ eingegangen wurden, uneheliche Kinder waren oftmals die Folge, wie in jenem Fall einer 31-jährigen „Ostarbeiterin“, die in Weißbach bei Lofer beschäftigt war. Nach anfänglichem Schweigen stellte sich heraus, dass sie vom Bruder der Bäuerin ein Kind bekam. In diesem Fall blieben drastische Strafen aus, denn sie durfte aufgrund ihrer guten und geschickten Arbeitsleistung auf dem Hof bleiben.^{xvii} Diese „Ostarbeiterin“ war kein Einzelfall, in zahlreichen Gemeinden gab es uneheliche Kinder zwischen ausländischen Arbeitern und Einheimischen. Viele Zwangsarbeiterinnen wagten es nicht, den Kindesvater zu nennen. Es war einfacher anzugeben, der Vater sei nicht bekannt, als sich der Strafmaschinerie des NS-Regimes auszusetzen. Die Zahl der unehelichen Kinder im „Reichsgau Salzburg“ war jedenfalls so hoch, dass sich das Regime Gedanken um die Betreuung der Kinder machen musste. Zur Frage der Unterbringung von Kindern

Merkblatt

Wie verhalten wir uns gegenüber den Polen?

Um die Ernährung des deutschen Volkes zu sichern und der Landwirtschaft die hierfür notwendigen Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, werden in diesem Jahre eine große Anzahl Polen in der Landwirtschaft eingesetzt. Sie sollen es den deutschen Bauern erleichtern, den Aushungerungsversuch unserer Feinde zunichte zu machen.

Dafür erwarten wir von allen Volksgenossen auf dem Lande:

Halbt Abstand von den Polen!

Sie gehören einem Volke an, das noch vor wenigen Monaten 58.000 Deutsche ermordet hat.

Werdet nicht zu Verrätern an der deutschen Volksgemeinschaft!

Die Polen gehören nicht zur deutschen Volksgemeinschaft. Wer sie wie Deutsche behandelt oder gar noch besser, der stellt seine eigenen Volksgenossen auf eine Stufe mit Fremdrassigen. Das gleiche gilt auch für den Deutschen Gruß. Wenn es nicht zu vermeiden ist, daß sie mit Euch unter einem Dach wohnen, dann bringt sie so unter, daß jede engere Berührung mit Eurer Familie ausgeschlossen ist.

Laßt Polen nicht mit an Eurem Tisch essen!

Sie gehören nicht zur Hofgemeinschaft, noch viel weniger zur Familie. Ihr sollt ihnen zwar genügend zu essen geben, sie sollen aber getrennt von Euch essen.

Bei Euren Feiern und Festen haben die Polen nichts zu suchen!

Wir wollen in unseren Feiern und Familienfesten unter uns sein. Die Polen sind ein fremdes Volk. Sie werden unter sich ihre eigenen Feiern veranstalten.

Nehmt die Polen nicht in Eure Gasthäuser mit!

Sie werden es Euch nicht danken. Es wird dafür gesorgt werden, daß bestimmte Gasthäuser an einem Tag der Woche ausschließlich den Polen zur Verfügung stehen.

Gebt den Polen auch sonst keine Vergünstigungen!

Wenn Ihr glaubt, durch Geschenke ihre Arbeitsfreudigkeit zu steigern, so irrt Ihr Euch. Jede weichliche Behandlung schwächt erfahrungsgemäß ihren Willen zur Arbeit.

Seid gegenüber den Polen selbstbewußt!

Die deutschen Soldaten haben im Polenfeldzug die „polnische Wirtschaft“ kennen gelernt. Seid stolz auf Eure Überlegenheit in jeder Beziehung. Die Polen sind nicht nach Deutschland geholt worden, damit sie hier ein besseres Leben führen als in den primitiven Verhältnissen ihrer Heimat, sondern damit sie durch ihre Arbeit den unermesslichen Schaden wiedergutmachen, den der polnische Staat dem deutschen Volke zugefügt hat. Ihr habt die Polen nicht ehrlos zu behandeln, aber laßt keinen Zweifel daran, daß Ihr die Herren im eigenen Lande seid.

Halbt das deutsche Blut rein!

Das gilt für Männer wie für Frauen!

So wie es als größte Schande gilt, sich mit einem Juden einzulassen, so verächtlich sich jeder Deutsche, der mit einem Polen oder mit einer Polin intime Beziehungen unterhält. Verachtet die tierische Triebhaftigkeit dieser Rasse! Seid rassenbewußt und schützt Eure Kinder. Ihr verliert sonst Euer höchstes Gut: Eure Ehre.

Größte Vorsicht im Umgang mit Kriegsgefangenen!

Der Kriegsgefangene ist unser Feind geblieben. Er handelt als Soldat nach den ihm vor seiner Gefangennahme gegebenen Befehlen, die ihm vorschreiben, auch in der Gefangenschaft dem Feind zu schaden, wo er kann. Für den Umgang mit Kriegsgefangenen gilt deshalb alles, was schon gesagt ist, in verschärftem Maße.

Denkt vor allem an die Spionagegefahr!

Jede Anbiederei und Vertrauensseligkeit bietet der Spionage Vorschub. Nehmt keine Briefe der Kriegsgefangenen mit. Erfüllt auch sonst keine kleinen Gefälligkeiten. Führt keine unnötigen Unterhaltungen, sondern spricht kurz und dienstlich mit ihnen. Schwerste Strafe trifft den, der fahrlässigen Landesverrat begeht.

Deutsche, seid zu stolz, Euch mit Polen einzulassen!

Abb. 4: Merkblatt aus der NS-Zeit zum Verhalten gegenüber Polen

„fremdvölkischer Zivilarbeiter“ erließ das „Reichssicherheitshauptamt“ eine Verordnung, dass schwangere, „nicht eindeutschungsfähige polnische Zivilarbeiterinnen“ grundsätzlich in ihre Heimat abgeschoben werden sollten, sofern es sich nicht um Frauen handelte, deren Ehemann ebenfalls zur Arbeit in Salzburg eingesetzt war. Schwangere konnten ebenfalls bleiben, wenn der Betriebsführer (Bauer) besonderen Wert darauf legte und gegen den Verbleib der Frau mit Kind nichts einzuwenden hatte. „Die Unterbringung von Kindern nicht eindeutschungsfähiger polnischer Zivilarbeiter bei deutschen Familien ist keinesfalls zulässig.“^{xviii}

Wenn die „Zivilarbeiterin“ unerlässlich war, konnte es auch passieren, dass das Kind zu Angehörigen in die Heimat abgeschoben wurde, während die Mutter hier bleiben musste. Allerdings sollten sie am Anfang für einige Zeit beurlaubt werden. Bestand diese Möglichkeit nicht, wurden beide abgeschoben. Diese Regelungen galten nicht nur für Polinnen, sondern auch für „Ostarbeiterinnen“. Bis 1942 hielt sich die Menge derartiger Geburten in Grenzen. Ab 1943 stieg die Zahl der „fremdvölkischen Kinder“ jedoch stark an.

Ab 1943/44 wurde vom Arbeitsamt darauf verzichtet, schwangere „Zivilarbeiter“ in deren Heimat zu schicken. Bei landwirtschaftlichen Arbeiterinnen wurde es als das Einfachste angesehen, wenn die Kinder bei ihren Müttern auf dem Hof blieben. So wurden diese Kinder gemeinsam mit den Kindern des Bauern großgezogen, was aus Sicht der NS-Ideologie untragbar war. Deswegen wurde versucht, eine einheitliche Lösung zu finden, die die Errichtung von „Kinderpflegestätten für fremdvölkische Kleinkinder“ vorsah. Immerhin gab es im „Reichsgau Salzburg“ im Jahr 1944 rund 300 Kinder von ausländischen Arbeiterinnen, hauptsächlich Polinnen und Ukrainerinnen. Der Salzburger „Reichsstatthalter“ Dr. Scheel rechnete mit 200 weiteren Kindern pro Jahr. Die Landesbauernschaften wurden daraufhin beauftragt, die Unterbringung der „fremdvölkischen“ Kinder zu veranlassen. Die finanziellen Mittel mussten jedoch selbst getragen werden.

Wegen der besonderen Relevanz der Frage unehelicher Kinder von Zwangsarbeiterinnen und wegen der Unaufschiebbarkeit wurde der „Reichsnährstand“ Salzburg angewiesen, zur „Hintanhaltung der ärgsten Misstände ein Heim für fremdvölkische Kinder unter Mitwirkung des Arbeitsamtes Salzburg und des Reichsgaues Salzburg als Selbstverwaltungskörper auszubauen“. Die Bauernschaft im Pinzgau unterstützte für ihren Bereich den Bau dieser Einrichtungen und war für deren Organisation zuständig. Im Dezember 1944 entstand eine solche

Kinderpflegestätte in der Gemeinde Uttendorf im Bezirk Zell am See. Auf Ersuchen der Kreisbauernschaft Uttendorf wurden die offenstehenden Kosten von RM 741,- von der Gemeinde vorläufig übernommen. Für die Pflege der Kinder wurden in Uttendorf eine Polin und eine Ukrainerin angestellt. In der Gemeinde Zell am See verzögerte sich aufgrund der Kostenfrage die Eröffnung einer weiteren Einrichtung zur „*Betreuung der fremdvölkischen Kinder in der Landwirtschaft*“, sodass sie bis Kriegsende nicht realisiert wurde.^{xix}

Es ist aufgrund der unvollständigen Quellenlage nicht eruierbar, in wie vielen Gemeinden solche „Kinderpflegestätten“ errichtet wurden. Ebenso im Dunkeln liegt das weitere Schicksal dieser „*illegitimen Kinder*“ auf den Höfen ihrer Väter. Oftmals wurde über ihre wahre Herkunft ein Mantel des Schweigens gelegt. Um genaue Daten für das gesamte Gebiet Salzburgs zu bekommen bzw. mehr über das Schicksal dieser Kinder zu erfahren, müssten Akten aus Gemeinden und Pfarren herangezogen werden, zu denen man aus Gründen des Datenschutzgesetzes keinen Zugang hat.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in Saalfelden zwischen 1938 und 1945 463 Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft tätig waren, dazu kamen noch zahlreiche Kriegsgefangene, deren Zahl allerdings unbekannt ist.

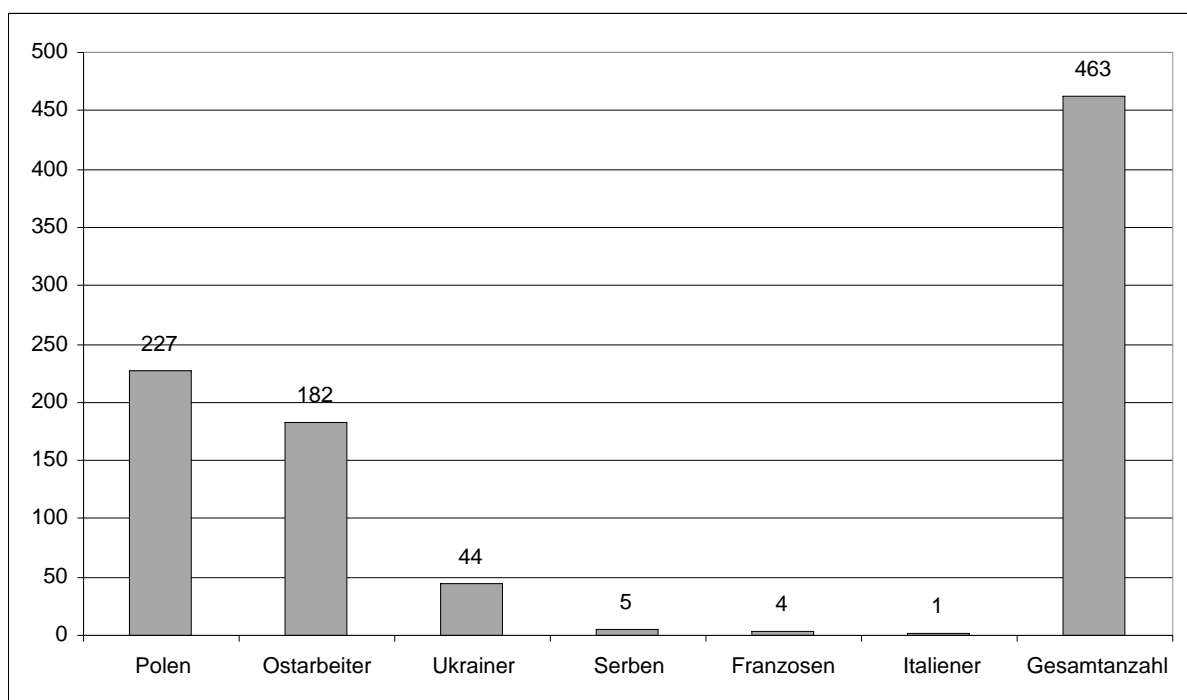


Abb. 5: „Zivile Ausländer“ in Saalfelden zwischen 1939 und 1945^{xx}

Die unterschiedliche Lebens- und Arbeitssituation in der Landwirtschaft und Industrie lässt keine Generalisierung zu. Dennoch war es im Allgemeinen so, dass es den Zwangsarbeitern in der Landwirtschaft vergleichsweise besser ging, als jenen in der Industrie. Trotzdem muss festgehalten werden, dass die landwirtschaftlichen Zwangsarbeiter aus ihren Heimatländern verschleppt wurden und zu harter, nicht adäquat bezahlter Arbeit gezwungen wurden.

2. Zwangsarbeit in Industrie und Gewerbe

Aus ökonomischer Sicht brachte die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich für Industrie und Gewerbe einige Vorteile. Salzburg war im Gegensatz zu anderen Teilen der Ostmark von Klein- und Mittelbetrieben geprägt. Nur 25 Betriebe hatten eine Belegschaft von über 200 Leuten. 94 Prozent beschäftigten im Schnitt zehn Personen.^{xxi}

Es gab wohl kaum Betriebe, die nicht von den billigen ausländischen Zivilarbeitern oder Kriegsgefangene profitierten. So standen 1942 im Baugewerbe, in der Metallwirtschaft und im Bergbau über 6.500 Zwangsarbeiter, inklusive Kriegsgefangener, im Arbeitseinsatz. Während in größeren Gewerbebetrieben hauptsächlich Arbeitskräfte aus Ost- und Südosteuropa eingesetzt wurden, erhielten die kleineren Betriebe zumeist Westeuropäer zugewiesen. Einerseits lag es daran, dass auf mehr „*Ostarbeiter*“ zurückgegriffen werden konnte, andererseits gab es für „*Westarbeiter*“ auch unter dem System der Zwangsarbeit eine Besserstellung gegenüber „*Ostarbeitern*“. Franzosen arbeiteten öfters im Gastgewerbe, da sie hier unweigerlich mit Einheimischen in Kontakt kamen, wurden sie hier aus Gründen der damaligen Rassenideologie bevorzugt eingesetzt. Im Gegensatz zur Landwirtschaft, wo die meisten Fremdarbeiter direkt bei den Bauern untergebracht waren, wurden für die Industrie- und Gewerbearbeiter Baracken errichtet. Waren diese Baracken noch nicht fertig, wurden die Zwangsarbeiter vorübergehend in Gasthäusern unter starker Bewachung einquartiert.^{xxii}

Bis 1942/43 waren hauptsächlich „*Zivilarbeiter*“ beschäftigt, die Anzahl der Kriegsgefangenen war noch weitaus geringer. Nach dem Russlandfeldzug kamen unzählige russische Kriegsgefangene in den „Reichsgau Salzburg“. Viele Unter-

nehmen in Industrie und Gewerbe erhielten erst dann ihre gewünschte Anzahl an Arbeitern.

Am 3. März 1941 waren von den 1522 „*fremdvölkischen Arbeitskräften*“ 1093 in Industrie und Gewerbe eingesetzt und 429 in der Landwirtschaft. Nur wenige Wochen später – am 21. März 1941 – hatte sich die Zahl schon wieder nach oben verschoben. 2009 „*fremdvölkische Arbeitskräfte*“ arbeiteten im „Landkreis Zell am See“, davon 1600 in gewerblichen Betrieben.

Ein Jahr später – 1942 – waren im Baugewerbe bereits über 5.500 Zwangsarbeiter eingesetzt.

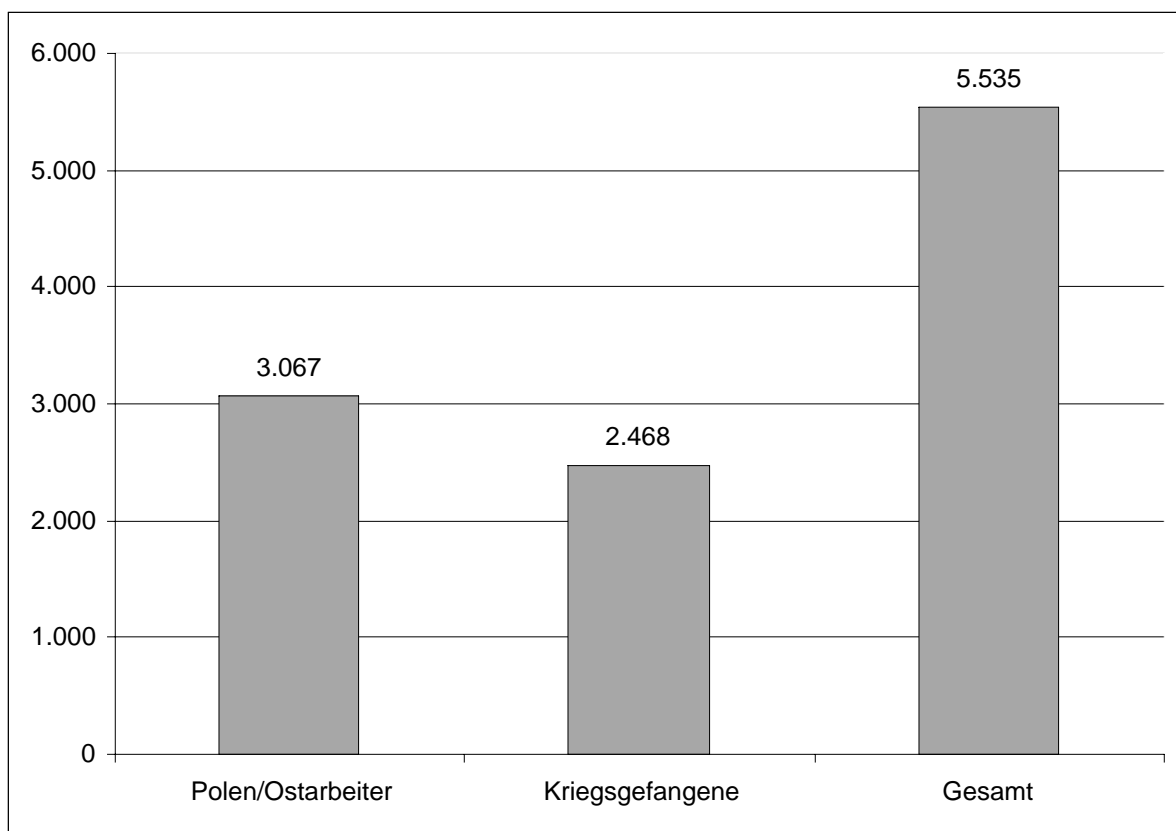


Abb. 6: Zwangsarbeiter im Baugewerbe im Pinzgau, 1942^{xxiii}

Im Pinzgau existierten die beiden größten Baustellen des „*Reichsgau Salzburg*“: der Kraftwerksbau in Kaprun und im Stubachtal, wo massiv auf die Arbeit von „*zivilen Ausländern*“ zurückgegriffen worden ist. Während Kaprun ein bekannteres Beispiel für Zwangsarbeit war, wurde die Geschichte des Kraftwerksbaues im Stubachtal weitgehend verdrängt. Das Lager Weißsee – im Besitz der Deutschen Reichsbahn – war ab Frühjahr 1943 sogar ein Außenlager des KZ Dachau.



Abb. 7: Das KZ-Außenlager Weißsee im Frühjahr 1943

Hier auf 2.300 m Höhe existierten verschärfte Lebens- und Arbeitsbedingungen, die Gefangenen starben häufig an Erschöpfung.

Ab 1943 stieg im gesamten Pinzgau die Zahl der Kriegsgefangenen konstant an. In vielen Firmen waren in den letzten beiden Kriegsjahren über 50 Prozent der Zwangsarbeiter Kriegsgefangene. Sie wurden räumlich von den „Zivilarbeitern“ getrennt und durften untereinander keinen Kontakt pflegen, schon gar nicht, wenn es sich um die gleiche Nationalität handelte.

In Saalfelden gab es mehrere Projekte, wo zivile Zwangsarbeiter oder Kriegsgefangene eingesetzt wurden. Für den Bau der Seilbahn und der Verladeanlagen der Deutschen Magnesit AG Radenthein wurde für den Zweck des Abbaus in

Hinterthal bei Saalfelden ein Arbeiterlager für 180 bis 200 Mann errichtet.^{xxiv} Hier wurden mehrheitlich Kriegsgefangene untergebracht, ebenso wie beim Diabas-Werk. Am 11. November 1943 wurde der Firma Diabas die Benützungsbewilligung einer Kriegsgefangenenbaracke erteilt. Die Besitzer hatten die Fertigstellung der Baracke am 8. Oktober 1943 gemeldet und um die Benützungsbewilligung angesucht. Die ersten 20 italienischen Kriegsgefangene trafen schon Mitte Oktober ein. Mehrheitlich befanden sich in dem Lager direkt am Gelände der Firma russische Kriegsgefangene.^{xxv}



Abb. 8: Ehem. Gefangenenbaracke auf dem Geländer der Firma Diabas, fotografiert 1960

Das Magnesitwerk Josef Weilguny stellte ebenso ein Ansuchen für die Errichtung von Gefangenenbaracken, allerdings befanden sich die meisten nicht auf dem Gemeindegebiet von Saalfelden. In Leogang wurde eine Baracke für 28 Gefangene errichtet. Am 21. Mai 1942 erhielt die Firma Josef Weilguny die Bewilligung für 30 russische Kriegsgefangene, als Einsatzort wurde „*Inschlagalpe*“ angegeben.^{xxvi} Aber auch der Kaufmann Dick, der Brandlhof u. a. erhielten zur Unterstützung Kriegsgefangene – zumeist Franzosen.^{xxvii}

Selbst die Gemeinde Saalfelden war direkter Nutznießer vom System der Zwangsarbeit. Am 4. September 1940 wurde ein Arbeitskommando in der Stärke von 65 französischen Kriegsgefangenen nach Saalfelden geschickt, wobei diese nicht die einzigen blieben.^{xxviii}

Die Kriegsgefangenen wurden räumlich von den Zivilarbeitern getrennt und durften untereinander keinen Kontakt haben. Während die „*ausländischen Zivilarbeiter*“ beschränkten Ausgang erhielten und ihre Unterkünftebaracken nicht umzäunt waren, waren die Unterkünfte von Kriegsgefangenen mit Stacheldraht abgesichert, um keine Fluchtmöglichkeiten zu bieten. Die Schaffung und die Kosten der Unterkünfte mussten die Firmen selbst tragen. Zwischen 1943 und 1945 gab es für Salzburgs Industrie- und Gewerbebetriebe kaum noch Zuweisungen von zivilen Zwangsarbeitern, sondern beinahe ausschließlich von Kriegsgefangenen in großer Zahl. Auch in den beiden letzten Kriegsjahren, als aufgrund der sich geänderten militärischen Lage der Nachschub von neuen Kriegsgefangenen und zivilen Ausländern immer mehr zurückging, blieben die Zwangsarbeiter eine unentbehrliche Personengruppe für die Aufrechterhaltung der Produktion. Der Aufstieg vieler Betriebe im Pinzgau nach dem Zweiten Weltkrieg wäre ohne den Einsatz von zivilen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen nicht möglich gewesen. Dennoch wird diese Tatsache gerne vergessen oder verdrängt. In vielen Gemeinden im Pinzgau waren Baracken für die Unterkunft der Gefangenen eingerichtet. In manchen Orten gab es zehn und mehr Baracken. Für die Bevölkerung war dies nichts Außergewöhnliches mehr und auch in der Erinnerung scheint diese Tatsache nicht mehr aufzutauchen.

3. Zwangsarbeit in Eisenbahn- und Straßenbau

Infrastrukturelle Maßnahmen zählten zu den wirtschaftlichen und politischen Prioritäten des Dritten Reiches für die „*Ostmark*“. Autobahnbau, Ausbau des Eisenbahnnetzes und dessen Elektrifizierung wurden im Reichsgau Salzburg forciert.

Schon im Februar 1938 hieß es in einem Bericht der „*Abteilung für Bauwesen*“: „*Der Anschluß an das Reich im Jahre 1938 wirkte sich auf die Bauverwaltung aus wie wenn eine Expresszuglokomotive auf ein Lokalbahngleise gerät.*“^{xxix} Dies entsprach zweifellos der Realität, was die Projektplanung betraf. Sofort nach dem „*Anschluss*“ stieg die Bautätigkeit enorm an. Schon am 7. April 1938 vollzog Adolf Hitler selbst den Spatenstich zum Bau der Reichsautobahn am Abschnitt Walserberg.^{xxx} Neben einer Verbesserung der Straßen wurde die Vergrößerung des Straßennetzes angestrebt. Bereits 1942 betrug die Länge des öffentlichen

Straßennetzes in Salzburg um rund 160 Kilometer oder 20 Prozent mehr als vor 1938.^{xxxii}

Zahlreiche Baustellen wurden in Salzburg sofort nach dem „Anschluss“ begonnen. Durch den Kriegsausbruch 1939 musste allerdings vieles umstrukturiert werden. Sämtliche Baustellen an Reichs- und Landstrassen wurden nach unterschiedlicher Dringlichkeit eingestuft.

Im Pinzgau wurden folgende Projekte geplant: Der Bau der Mittelpinzgauer Reichsstraße zwischen Lofer und Zell am See (250 Mann), die Umfahrung Lofer (150 Mann), die Pinzgauer Reichstraße (150 Mann) und die Paß Thurnstraße (60 Mann) waren vier wesentliche Projekte.^{xxxiii}

Zu den großen Projekten im „Reichsgau Salzburg“ zählte sicherlich die „Pinzgauer Reichsstraße“, die heutige Pinzgauer Bundesstraße (B 311). An dieser wichtigen Straßenverbindung wurde etappenweise an vielen Stellen parallel gebaut. Damit die große Anzahl an Arbeitern untergebracht werden konnte, mussten an vielen Orten eine dementsprechend große Zahl an Barackenunterkünften bereit gestellt werden. Um Zeit und Geld zu sparen, kamen Baracken zum Einsatz, die innerhalb von sechs Tagen ab- und an einem anderen Ort wieder aufgebaut werden konnten. Aus diesem Grund bestanden manche Lager für „ausländische Arbeiter“ nur für wenige Wochen oder Monate.^{xxxiiii} Sobald die Arbeiten erledigt waren, wurde keine Zeit vergeudet und die freigewordenen Arbeitskräfte unverzüglich verlegt.^{xxxv}

Im Bereich der Großglockner Hochalpenstrasse gab es ebenfalls drei Lager. Das „Lager Piffkar“ befand sich auf 1.620 m Seehöhe und das „Lager Nassfeld“ auf 1.963 m für je zehn Mann. Sechs Mannschaftsbaracken für insgesamt 70 bis 80 Personen waren im Besitz der Firma „A. Porr“ aus Wien am Obernassfeld. Hier wurden jene Arbeiter untergebracht, die für den Straßenerhalt zuständig waren^{xxxvi} und den Plan der GROHAG umsetzen sollten, die Straße auch im Winter schneefrei zu halten.^{xxxvii}

Um die Infrastruktur in der „Ostmark“ zu verbessern wurden nicht nur Straßen gebaut, sondern auch der Bau von Bahnstrecken forciert. Die „Deutsche Reichsbahn“ (RB) war Auftraggeber zahlreicher Projekte, wobei die Elektrifizierung von Bahnstrecken als primäres Ziel galt.

Die „Deutsche Reichsbahn“ wurde zu einem der größten Bauunternehmer in Salzburg im gesamten Reichsgau. Die Errichtung von Lokalbahnen im Pinzgau und

Salzkammergut, Unterkabelungen, Errichtung von Schrankenwärterhäusern, Bahnhofserweiterungen, Lagerhallen, Streckenänderungen und –verbesserungen u.v.m. wurden durchgeführt bzw. damit begonnen.

Aufgrund des allgemeinen Arbeitskräftemangels kamen auch bei der RB seit 1939 „*ausländische Arbeiter*“ zum Einsatz. Die „Deutsche Reichsbahn“ war Besitzer mehrerer Lager im Pinzgau. Wie in anderen Wirtschaftsbereichen, waren es am Anfang auch bei der „Deutschen Reichsbahn“ hauptsächlich Polen und „*Ostarbeiter*“ und ab 1942/3 verstärkt Kriegsgefangene. Die „*ausländischen Zivilarbeiter*“ der „Reichsbahn“ mussten häufig den Arbeitsplatz wechseln, was auf eine Sonderregelung für die RB zurückzuführen ist.

Im Pinzgau existierten für die schmalspurige Lokalbahn Sonderpläne, wonach diese auf eine vollspurige Bahn ausgebaut werden sollte. In weiterer Folge sprach man von einer Eisenbahnverbindung bis ins Zillertal, wobei der Gerlos durch einen Basistunnel unterfahren werden sollte. Schwerpunkt blieb vorläufig der Güterverkehr.^{xxxvii} Zu dem Zweck wurde das „*Russenlager*“ in Neukirchen am Großvenediger errichtet, um Verbesserungen an der „Pinzgauer Lokalbahn“ zu erreichen. Am 1. Juni 1942 waren hier rund 50 russische „*Zivilarbeiter*“ und Kriegsgefangene untergebracht.^{xxxviii} Der Ausbau zur vollspurigen Bahn wurde schlussendlich nie durchgeführt.

Unabhängig vom Auftrag- bzw. Arbeitgeber verlief das Kriegsende für die meisten Zwangsarbeiter sehr ähnlich ab. Aufgrund der verheerenden körperlichen Verfassung vieler Zwangsarbeiter kam es überall im Land Salzburg zu Plünderungen von Geschäften und Lebensmittelhändlern. Bei den Bauern wurden Hühner und Kühe gestohlen und geschlachtet, um den ärgsten Hunger zu stillen.

Mit dem Einmarsch der alliierten Truppen wurden die einzelnen Lager als Zwangsarbeiterlager aufgelöst und die Insassen in die Freiheit entlassen. Manche äußerten ihren Hass darin, dass sie alles, was in ihrem Lager zu finden war kurz und klein schlugen und auch der Zivilbevölkerung gegenüber gewalttätig wurden. Die Alliierten waren in diesen Tagen gefordert, die Wut der Zwangsarbeiter zu bändigen.

Die meisten Zwangsarbeiter kehrten in ihre Heimat zurück, wo sie erneut von einem diktatorischen Regime unterdrückt und zu unrecht der Kollaboration mit den Deutschen verdächtigt wurden. Viele warten vergeblich auf Entschädigungs-

zahlungen oder eine Entschuldigung seitens der österreichischen Regierung. Für viele ehemalige Zwangsarbeiter kam die Auszahlung im Jahr 2005 zu spät.

Alle wirtschaftlichen Bereiche profitierten vom System der Ausbeutung von Zwangsarbeitern, ob „*zivile Ausländer*“ oder Kriegsgefangene. Gerne wird dieser Aspekt verdrängt bzw. oftmals auch nicht als Ungerechtigkeit empfunden oder mit dem Krieg entschuldigt. Nichts desto trotz darf nicht vergessen werden, dass es sich um Menschen gehandelt hat, die zur Arbeit gezwungen und ihrer Freiheit beraubt wurden.

ⁱ Dohle, Oskar/ Nicole Slupetzky. Arbeiter für den Endsieg. Zwangsarbeit im Reichsgau Salzburg 1939-1945, Wien, 2004, S. 11-24.

ⁱⁱ Sabine Aschauer-Smolik/ Alexander Neunerherz: Karl Reinthaler. Dagegenhalten. Eine Lebensgeschichte zwischen Brüchen und Kontinuitäten in der Provinz. Studienverlag 2004, S. 44.

ⁱⁱⁱ Florian Freund/ Bertrand Perz, Zwangsarbeit von zivilen Ausländerinnen, Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und ungarischen Juden in Österreich. In: NS-Herrschaft in Österreich. Wien 2000, S. 644-695, S. 653f.

^{iv} Landesgendameriechronik, Salzburg Stadt, 1940.

^v SLA, RSTH I/3, 126/1944, Merkblatt.

^{vi} SLA, Landrat Pongau 1940, 3206-3400, Akte 1a/ 108, Monatsberichte, 5. Juli 1940.

^{vii} Oskar Dohle/ Nicole Slupetzky: Arbeiter für den Endsieg. Zwangsarbeit im Reichsgau Salzburg 1939-1945. Böhlau: Wien, S. 37.

^{viii} Wolfgang Benz, Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Staat. In: Dachauer Hefte 16 (2000), S. 3-17.

^{ix} SLA, Landrat Pongau 1940, 3206-3400, Akte 1a/ 108.

^x SLA, BH Zell am See, HB-Akten, Karton 112, 456-1-1943.

^{xi} Landesgendameriechronik, Salzburg Stadt, 1942.

^{xii} Chronik Saalfelden. Eigenverlag 1992, S. 370.

^{xiii} Landesgendameriechronik, Salzburg Stadt, 1942.

^{xiv} SLA, Landrat Pongau, Karton 653, Ausländerpolizei 1940-1945.

^{xv} Ernst Langthaler: Eigensinnige Kolonien. NS-Agrarsysteme und bäuerliche Lebenswelten 1938-1945. In: Emmerich Talos u.a. NS-Herrschaft in Österreich. Wien 2000, S. 367.

^{xvi} Gendameriechronik Saalfelden, 1942.

^{xvii} SLA, Zell am See, HB-Akten 1943, 438-51-43.

^{xviii} SLA, Zell am See, HB-Akte 1943, 438-7-43.

^{xix} SLA, RSTH I/3, 50.

^{xx} SGKK, Gemeinde Saalfelden 1938-1945.

^{xxi} Ernst Hanisch. Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz. Salzburg im Dritten Reich. Salzburg 1983, S. 116.

^{xxii} SLA, BH Zell am See, HB-Akten 1942, 431-4-1942.

^{xxiii} SLA, BH Zell am See, HB-Akten, 1942, 431-4-1942

^{xxiv} SLA, BH Zell am See, HB-Akten 1942, 213-16-42.

^{xxv} SLA, BH Zell am See, HB-Akten 1943, 1005-18-111.

^{xxvi} SLA, BH Zell am See, HB-Akten 1942, 213-16-42.

^{xxvii} SLA, BH Zell am See, HB-Akten 1942, 213-15-1942.

^{xxviii} SLA, BH Zell am See, HB-Akten 1942, 213-15-1942.

^{xxix} SLA, RSTH V/1, 192/1943.

-
- ^{xxx} Salzburger Gendameriechronik, 7. April 1938.
^{xxxⁱ} SLA, RSTH V/1,192/1943.
^{xxxⁱⁱ} SLA, RSTH V/b,17/1939.
^{xxxⁱⁱⁱ} SLA, RSTH V/b 61.
^{xxx^{iv}} SLA, BH Zell am See, HB-Akten, 456-1-1943.
^{xxx^v} SLA, BH Zell am See, Bauakten 1943/44, 1001-8.
^{xxx^{vi}} SLA, BH Zell am See, Bauakten 1942, 16-3-1 bis 16-6-3.
^{xxx^{vii}} Herbert Fritz, Die Pinzgauer Lokalbahn. Salzburg, 1976, S. 11.
^{xxx^{viii}} SLA, BH Zell am See, HB-Akten, 1942, 213-15-1942.

Bildernachweis:

Abb. 1: SLA, RSTH I/3 114.

Abb. 3: RGBL. Nr. 55/1940.

Abb. 4: Mitteilungsblatt der NSDAP, Gauleitung Salzburg, Folge 4, IV. 1940, Bl. 3.

Abb. 7: Privatsammlung Klaus Milster

Abb. 8: Sammlung Diabas Werk. Das Foto wurde Mitte der 60er Jahre gemacht.